

Dokumentation der IDEENWERKSTATT "Welche nachhaltigen Projekte braucht Dessau-Roßlau?"

des Lokalen Aktionsplans für Demokratie und Toleranz der Stadt Dessau-Roßlau am 20. April 2011



Die LAP-Ideenwerkstatt wurde im Rahmen des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – DEMOKRATIE STÄRKEN unterstützt.





INHALT	Seite
Vorbemerkungen	02
Kurzinput	04
Der Lokale Aktionsplan für Demokratie und Toleranz – strategische und inhaltliche Herausforderungen im aktuellen Handlungskonzept. Steffen Andersch (LAP-Koordinierungsstelle)	
Gesprächsrunde und Ideensammlung	09
Welche nachhaltigen Projekte zur Demokratiestärkung braucht Dessau-Roßlau?	
Moderation: Nicole Marcus (Freiwilligen-Agentur Halle/Saalkreis e. V.)	
Gesprächsrunde zur Projektentwicklung	14
Von der Idee zum Projekt – erste Schritte zur Umsetzung.	
Moderation: Nicole Marcus (Freiwilligen-Agentur Halle/Saalkreis e. V.)	
Resümee, Ergebnisse und Ausblick	18
Impressum	19



Vorbemerkungen

Liebe Leser und Leserinnen,

der LOKALE AKTIONSPLAN für Demokratie und Toleranz der Stadt Dessau-Roßlau (LAP) steht im Jahr 2011 vor enormen Herausforderungen. Und das nicht nur, weil die Richtlinien des Bundesprogrammes TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN für die 2. Förderperiode von allen AKTIONSPLÄNEN im Land eine noch stärkere Hinwendung zu nachhaltig wirkenden Maßnahmen einfordern. Auch ohne diese bundespolitischen Vorgaben stand bereits fest: Ein "weiter so" wird und kann es im LAP an Elbe und Mulde nicht geben. Denn nicht nur die notwendigen Entwicklungen hin zu einer Niveauebene erfordern neue Ansätze, Instrumente und Zugänge. Es ist nicht zuletzt die im Vergleich zu den Vorjahren geringere Fördermittelsumme, die eine noch dezidiertere Implementierung gemeinsamer Projekte unabdingbar erscheinen lässt.

Schon frühzeitig haben sich die Gremien des Aktionsplans dafür entschieden, diese notwendige Debatte so transparent, beteiligungsorientiert und ergebnisoffen wie möglich zu führen. In der Ideenwerkstatt "Welche nachhaltigen Projekte zur Demokratiestärkung braucht Dessau-Roßlau?" am 20. April 2011 im Dessauer Gemeindezentrum St. Georg haben 15 Vertreter und Vertreterinnen von Vereinen, Bildungseinrichtungen, Initiativen und der Stadtverwaltung nun die zukünftigen strategischen und operativen Weichen für den hiesigen LAP-Mikrokosmos gestellt.

Viele Fragen wurden intensiv diskutiert und noch mehr Antworten gefunden. Wie können präventiv angelegte Projekte in einem breiten Trägerverbund funktionieren und erfolgreich umgesetzt werden? Wo sind die Chancen zu sehen und wo lauern mögliche Fallstricke? Welche Projekte präferiert die Trägerlandschaft überhaupt und gibt es dafür einen messbaren Bedarf?

Die vorliegende Dokumentation zeichnet den Diskussionsverlauf im Detail nach und legt dabei ein besonderes Augenmerk auf unerwarteter und damit überraschender Diskursstränge, die es am 20. April durchaus gab.

Inzwischen sind aus dem bunten Potpourri aus Ideen, Wunschlisten und Vorschlägen übrigens handfeste Projekte erwachsen, die nun auf ihre kreative Durchführung warten. Wer dazu mehr erfahren möchte, der wird auf der Homepage www.lap-dessau-rosslau.de fündig.

An dieser Stelle möchten wir uns vor allem bei allen Mitwirkenden der Ideenwerkstatt herzlich bedanken, die mit ihren Beiträgen maßgeblich dazu beigetragen haben, dass der LAP Dessau-Roßlau für die nächste Zeit mit einem abgestimmten und partizipativ entwickelten Auftrag ausgestattet ist.

Bei der Moderatorin Nicole Marcus bedanken wir uns für eine fachkompetente Begleitung und eine strukturierte Ergebnissicherung.

Wir wünschen Ihnen viele Anregungen und eine kritische Reflexion beim Lesen und würden uns freuen, wenn Sie Hinweise und Anmerkungen direkt an uns weiterleiten.

Kurzinput

Der Lokale Aktionsplan für Demokratie und Toleranz – strategische und inhaltliche Herausforderungen im aktuellen Handlungskonzept.

Steffen Andersch (LAP-Koordinierungsstelle)

Der Mitarbeiter der externen LAP-Koordinierungsstelle umreißt in einer **Fakten- und Situationsanalyse** zunächst die veränderten Rahmenbedingungen für den hiesigen Aktionsplan in der 2. Förderperiode. Dazu gehört insbesondere die degressiv angelegte Förderung durch das Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN:

2011: € 40.000,00 + 25.000,00 Einmal-Aufstockung

2012: € 30.000,00

2013: € 20.000,00.

Neben der veränderten Budgetierung, auf die alle zukünftigen strategischen Erwägungen abgestimmt werden müssen, macht das Programm zudem inhaltliche und operative Vorgaben und gibt somit die Richtung vor. Ein zentrale Fördervoraussetzung für die Aktionspläne in der 2. Förderperiode: sie müssen vor allem unter der Prämisse der Nachhaltigkeit fortgeschrieben werden.

Dazu unterbreiten die Richtlinien Vorschläge und weisen Handlungsfelder aus, denen das Potential nachhaltiger Momente inne wohnt. Steffen Andersch greift einige von diesen im nächsten Schritt auf und untersucht sie hinsichtlich einer Potential- Defizitbeschreibung (Plus-Minus-Analyse) für den Lokalen Aktionsplan der Stadt Dessau-Roßlau:

1. Ausbau der Vernetzungen innerhalb der Verwaltungen voranbringen



Die Verankerung des LAP-Leitbildes in die Verwaltungsstrukturen der Kommune ist in einigen Bereichen beispielhaft gelungen, in anderen sind jedoch noch erhebliche Potentiale zu erschließen. Die Analyse fällt also zwangsläufig ambivalent aus.

Insbesondere der Oberbürgermeister unterstützt und protegiert seit Anbeginn den Lokalen Aktionsplan, dessen Grundanliegen und Handlungskonzept. Diese glückliche Konstellation ermöglicht dem LAP häufig ein zielgerichtetes Eindringen in den lokalen Diskurs und verschafft ihm eine gewinnbringende Werbung und Außenreputation. Ein so deutungsmächtiger Promoter eröffnete vielfach den Zugang in unterrepräsentierte Sozialräume, in die der Aktionsplan allein bisher noch nicht genügend vorzudringen vermochte. Zudem werden einzelne Projekte und Aktivitäten durch die Stadt und den Oberbürgermeister konkret mit beworben und organisatorisch unterstützt.

Im Jugendamt sind zwei kommunale Mitarbeiterinnen zusätzlich zur Koordinierungsstelle mit der Bearbeitung spezifischer Belange des LAP betraut. Eine Mitarbeiterin ist für die zuwendungsrechtliche und verwaltungstechnische Abwicklung des Aktionsplanes verantwortlich, während die andere Kollegin den fachlichen Austausch mit der Koordinierungsstelle gewährleistet und die Koordination des Ämternetzwerkes übernimmt. Zudem ist ein zusätzlicher Mitarbeiter in einem anderen Amt ausschließlich mit verwendungsrechtlichen Belangen der befasst.

Bisher ist es nicht gelungen das Ämternetzwerk als Ort zu nutzen, wo gegebenenfalls Impulse für die inhaltliche Fortschreibung des Aktionsplans diskutiert werden. Beteiligungsorientierung und Mitbestimmung findet daher nur sehr eingeschränkt statt. Das Ämternetzwerk fungiert bisher eher als Service- und Dienstleistungsgremium, um LAP-Träger unbürokratisch bei der Projektumsetzung zu unterstützten. Daraus resultiert, dass der Aktionsplan in einigen Bereichen der Verwaltung noch nicht im gewünschten Maße verankert ist.

2. Einbindung der integrierten Strategie in kommunale Entwicklungskonzepte



Während der LOKALE AKTIONSPLAN in der 1. Förderperiode trotz steter Bemühungen seine Leitziele nicht in maßgeblichen kommunalen Entwicklungskonzepten festschreiben konnte, ist dies nun mit dem Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE erstmals gelungen. Und das sogar im bis 2025 gültigen "Konzept der Konzepte": dem Stadtleitbild.

3. Nachhaltige Verankerung von Strukturen (Netzwerke, Bündnisse etc.)



Die Gründung des Netzwerkes GELEBTE DEMOKRATIE in Dessau-Roßlau kann als zentrale Verstetigungsstufe im bisherigen Wirken des LAP angesehen werden. Durch die aktive Einbindung von Menschen, Institutionen und Wirtschaftsunternehmen, die bisher kaum oder nur sehr marginal als Träger der LAP-Philosophie identifiziert werden konnten, öffnen sich Türen, entstehen andere Perspektiven und Zugänge. Offene Türen, die es ermöglichen, mit der Idee einer demokratischen Alltagskultur Zielgruppen zu erreichen, die sich der intensiven Werbung zum aktiven Mitgestalten bislang eher entzogen haben. Neue Zugänge in der Ansprachekultur, die bei den AdressatInnen reflexiv ankommt und somit Motivations- und Sensibilisierungsschübe auslösen können.

Allerdings ist das Netzwerk noch längst nicht so breit aufgestellt wie erhofft und es gilt, noch vielmehr soziale Schichten und gesellschaftlichen Bereiche als bisher für eine lebendige Ausgestaltung einer demokratische Alltagskultur zu interessieren, ja möglichst viele auf diesem Weg aktiv mitzunehmen und der Zuschauerdemokratie damit eine deutliche Absage zu erteilen.

4. Stärkung der Zivilgesellschaft und stärkere Einbeziehung bestimmter zivilgesellschaftlicher Gruppen in den LAP-Begleitausschuss



In Dessau-Roßlau findet mit dem Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE und anderen zivilgesellschaftlichen Strukturen ein regelmäßiger Austausch statt, der so eine repräsentative Trägervielfalt in den Entscheidungsgremien des Aktionsplans gewährleistet. Die Einbindung und Mitbestimmung ermöglicht diesen AkteurInnengruppen, die zudem im Begleitausschuss adäquat vertreten sind, eine Identifikation mit dem LAP aufzubauen und zu verfestigen. Diese direkte und unmittelbare Partizipationsstruktur wurde bereits in der Implementierungsphase verfolgt, um nun konsequent bei der Umsetzung und Fortschreibung Berücksichtigung zu finden. Innerhalb dieser Strukturen erfahren LAP-Projekte zudem eine Öffentlichkeitsarbeit und können über diesen Verbund ihre Deutungsmächtigkeit erhöhen.

Es ist jedoch der Umstand zu konstatieren, dass in der Ein- und Anbindung von maßgeblichen Zielgruppen in die LAP-Gremien noch weiße Flecken gibt. Um die Ausgestaltung der notwendigen Gesamtstrategie noch breiter anzulegen, werden noch in diesem Förderjahr VertreterInnen aus den Bereichen Schule und Jugendverbände proaktiv mit der Bitte angesprochen, sich konzeptionell und operativ einzubringen.

5. Steigerung des Bekanntheitsgrades des Lokalen Aktionsplans



Federführend setzt die Koordinierungsstelle eine mit allen Instanzen abgestimmte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit um. Begünstigt wird dieses Verfahren durch die langjährigen Kontakte zu lokalen/regionalen MedienvertreterInnen und die journalistischen Erfahrungen, die der Mitarbeiter der Koordinierungsstelle sammeln konnte. Dies schlägt sich am Ende in einer beständigen Medienpräsenz und der umgesetzten Einzelprojekte nieder. Über lokale Medien hinaus, findet eine breite Information, Diskussion und Dokumentation zudem über LAP-eigene Medien (Homepage, Newsletter, Broschüren u. ä.) statt. Außerdem ist die strategische Öffentlichkeitsarbeit dadurch gekennzeichnet, im Sinne eines Erfahrungs- und Wissenstransfers Tagungs- und Evaluationsberichte und Dokumentationen einem breiten (Fach)- Publikum niedrigschwellig über das Internet zur Verfügung zu stellen. Nicht zuletzt die entsprechende Zugriffsanalyse zeigt, dass dieses Angebot bundesweit genutzt wird und dadurch der Bekanntheitsgrad des hiesigen Aktionsplans wesentlich gesteigert werden konnte.

6. Stärkere Einwerbung von privaten und öffentlichen Mitteln



Hier hat der LAP Dessau-Roßlau eine enorme Ausbaunotwendigkeit. Bisher konnten Träger zwar auf der Ebene von Einzelprojekten Zweit- und Drittmittel akquirieren, dem Aktionsplan in Gänze ist es über die Bundesförderung hinaus jedoch noch nicht gelungen, weitere Finanzierungsquellen zu erschließen. Dieses intensive Werben - gerade unter dem Fokus der Nachhaltigkeit - zu beginnen, wird als Schwerpunkt in den Handlungszielen für das Jahr 2012 festgeschrieben.

7. Intensivierung des Controllings durch die relevanten Gremien bei der nachhaltigen Verankerung



Seit Anbeginn gehören ausführliche, jährliche Evaluationsberichte im Aktionsplan Dessau-Roßlau dazu. Die Koordinierungsstelle überprüft in einem kontinuierlichen Prozess die Umsetzung des LAP auf Grundlage des erarbeiteten Handlungskonzeptes. In enger Abstimmung mit dem Begleitausschuss werden dabei insbesondere die selbstgesteckten Ziele hinsichtlich ihrer Wirksamkeit evaluiert. Auch hier wird sich eng am Grundsatz der direkten Partizipation orientiert, d. h. alle beteiligten AkteurInnen können sich intensiv in den Controlling-Prozess einbringen. Darüber hinaus ist findet ein regelmäßiger Austausch mit der Regiestelle und anderen LAP's in der Region statt. Auch die Überprüfung der Indikatoren, die in den Stammblättern des Bundesprogramms vorgegeben sind, gehört zum Controlling des LAP Dessau-Roßlau. Dazu hat die Koordinierungsstelle ein Verfahren zur Plausibilitätsprüfung entwickelt.

Aus dieser Ist-Stand-Analyse leiten sich unweigerlich die **strategischen Herausforderungen** im Aktionsplan ab, die vom LAP-Begleitausschuss bereits Ende 2010 diskutiert wurden und schließlich in konkrete **Handlungsziele für 2011** mündeten:

1. In die Arbeit des Begleitausschusses werden weitere zivilgesellschaftliche Gruppen (Wirtschaft und Schule) aktiv eingebunden.

Die Richtlinien von TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN empfehlen nicht von ungefähr die weitere zivilgesellschaftliche Verbreitung des Begleitausschusses (BgA). Weil gerade dieser der Ort für die strategische Ausrichtung und Wirksamkeit eines Aktionsplanes ist, müssen andere Perspektiven, sozialräumliche Interessen und nuancierte Betrachtungsweisen mit an den Tisch, dort verhandelt und berücksichtigt werden. Der LAP Dessau-Roßlau hat sich für die Erweiterung um VertreterInnen aus den Bereichen Bildung/Schulsozialarbeit sowie Jugendverbänden entschieden.

2. Die Richtlinien zur Förderung von Projekten werden den veränderten Voraussetzungen und den strategischen Schwerpunkten angepasst.

Der LAP Dessau-Roßlau wird in der 2. Förderperiode weit weniger Mittel (Degression) für die Projektförderung zur Verfügung haben. Dies macht es zwingend erforderlich, strategische Schwerpunkte zu setzen, dezidierte Handlungsfelder auszuweisen und vor allem solche Maßnahmen als förderfähig zu markieren, denen zuvorderst nachhaltige Verstetigungsmomente inne wohnen, es geht also um die Entwicklung von Qualitätskriterien. Dazu gehört beispielsweise die noch stärkere Produktorientierung, eine Fokussierung auf wirkungsmächtige Diskurse in der lokalen Öffentlichkeit und die Qualifizierung vieler LAP-Projektträger und AkteurInnen.

3. Das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE in Dessau-Roßlau wird erweitert, operativ unterstützt und fachlich begleitet.

Eine zentrale Herausforderung besteht zweifellos darin, die inhaltliche und operative Ausrichtung des Netzwerkes GELEBTE DEMOKRATIE permanent zu begleiten und damit zu qualifizieren. Immerhin wurde das Netzwerk als das Verstetigungselement des Aktionsplanes ins Leben gerufen. Die professionelle und beteiligungsorientierte Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements für DEMOKRATIE, VIELFALT und LEBENSFREUDE in Dessau-Roßlau braucht – wenn sie nicht saisonales Stückwert bleiben soll – eine nachhaltige Perspektive und entsprechende Rahmenbedingungen. Ehrenamtliche AkteurInnen und Strukturen können in einem Gemeinwesen nur dann wirksam agieren, wenn sie auf eine fachkompetente Beratung und Unterstützung zurückgreifen können. So können operative und inhaltliche Überforderungen und die daraus resultierende Demotivationserscheinungen vermieden werden. Der Lokale Aktionsplan wird deshalb sicherstellen, dass die geförderten Projekte in 2011 eng mit dem Netzwerk zusammenarbeiten und die notwendigen Abstimmungsprozesse in der Projektrealität einen exponierten Platz einnehmen.

4. Die kommunalpolitische Basis wird aktiv in die Verfestigung einer demokratischen Alltagskultur eingebunden.

Die kommunalpolitische Spitze in dieser Stadt, so die nicht neue Analyse, unterstützt den Lokalen Aktionsplan und forciert die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. An der

kommunalpolitischen Basis scheinen die Handlungsfelder Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keinen exponierten Stellenwert einzunehmen. Auch wenn sich seit der LAP-Ära hier einiges bewegt hat, ist eine positiv besetzte Profilierung der hiesigen Parteienlandschaft im Themenkreis kaum zu erkennen. Hier gilt es, durch direkte Ansprache und mit Hilfe von unmittelbarer – mithin projektbezogener – Einbindung den Sensibilisierungsgrad deutlich zu steigern. Bei dieser Ansprache wird auch dem Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE eine bedeutende Rolle zukommen.

5. Ein präventiv angelegtes Frühwarnsystem (Task Force) zur wirksamen Begegnung bei demokratiefeindlichen Ereignissen wird konzipiert und entwickelt.

Wie die Zahlen und Statistiken belegen, steht die Stadt im Landesvergleich der rechtsextrem motivierten Gewaltstraftaten an erster Stelle. Demokratiefeindliche Tendenzen und Einstellungsmuster können nicht verboten werden. Ziel muss es sein, diese nicht wirkungs- und deutungsmächtig werden zu lassen. Der Aktionsplan bündelt hier bereits jetzt Aktivitäten und befördert Kommunikationsstrukturen. Wenn das Präventionssystem aber zielgenau greifen soll, ist die Phase des Erkennens von immanenter Bedeutung. Damit ist gemeint, dass der Bedarf an präventiven Projekten auch bei den fachkompetenten Trägern und Beratungsstrukturen ankommt. Ganz konkret bedeutet dies, dass demokratiefeindliche Ereignisse und/oder Stimmungslagen in Institutionen unmittelbar und zeitnah zum Anlass genommen werden, um die vorgehaltenen vielschichtigen Ansätze punktgenau zum Einsatz zu bringen. Dies funktioniert in der Stadt bislang nur punktuell.

Der LAP wird deshalb in enge Kooperation mit dem Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE die Errichtung eines Frühwarnsystems befördern, das bei den Institutionen eine geschärfte Problemwahrnehmung und die Bereitschaft zur Inanspruchnahme von Unterstützung voraussetzt und von den Projekten eine vertrauenswürdige Kooperation abverlangt.

Abschließend formuliert Andersch **Anforderungen an die zukünftig zu fördernden Projekte**, die dazu beitragen können die strategischen Ziele aus dem Handlungskonzept praktisch umzusetzen:

- -> Transparenz und Beteiligungsorientierung in allen Projektphasen
- -> möglichst viele Träger aus unterschiedlichen Handlungsfeldern zusammenbringen (öffentliche Breitenwirksamkeit und Deutungsmächtigkeit)
- -> Win-Win-Situation für möglichst viele Träger ermöglichen und dadurch die Attraktivität der Angebote steigern
- -> zu entwickelnde Qualitätsstandards (u. a. Produktorientierung und aktive Einbindung aller Zielgruppen) als inhaltliche Vorgaben fixieren

Gesprächsrunde und Ideensammlung

Welche nachhaltigen Projekte zur Demokratiestärkung braucht Dessau-Roßlau?

Moderation: Nicole Marcus (Freiwilligen-Agentur Halle/Saalkreis e. V.)

Die Gesprächsrunde, die von den VertreterInnen von insgesamt 8 Vereinen, Projektträgern und Bildungseinrichtungen gemeinsam mit Mitgliedern des LAP-Begleitausschusses aktiv ausgestaltet wurde, nähert sich zunächst einer zentralen Frage: Braucht der Aktionsplan im aktuellen Förderjahr eine inhaltliche und/oder sozialräumliche Schwerpunktsetzung? Eine solche Fokussierung, so die Moderatorin in ihrer Einleitung, könne ein sinnvolles Mittel sein, die degressive Förderung durch das Bundesprogramm dadurch zu kompensieren, dass ganz spezifische Handlungsfelder markiert werden, die dann ausschließlich in den Genuss einer Unterstützung durch den LAP kommen könnten. Und wenn sich die DiskutantInnen für eine solche Strategie entscheiden sollten, müsste ein weitere Frage beantwortet werden: "Wenn ja, müssen wir gemeinsam überlegen wo wir die Schwerpunkte setzten, wo die stärksten Bedarfe liegen?" Und schließlich könne eine Schwerpunktsetzung nur sinnvoll sein, wenn sie mit den Handlungszielen des Aktionsplanes kompatibel sei und es überdies auch geeignete Träger gebe, die fachlich und operativ in der Lage sind, solche Projekte auch tatsächlich zu stemmen.

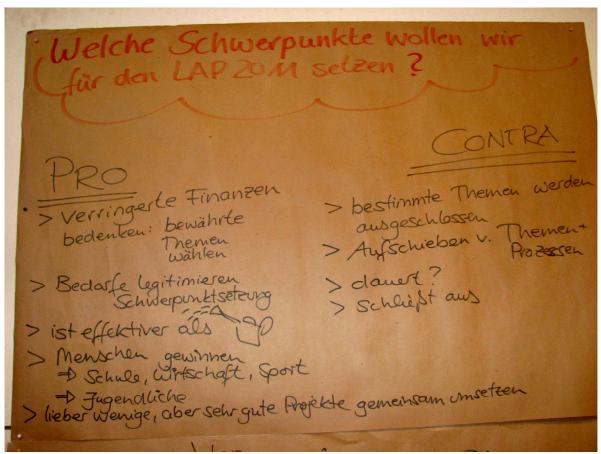
In der Folge wurden Pro und Contra-Argumente für eine mögliche Themenzentrierung ausgetauscht. Der erste Gast der sich zu Wort meldete, sprach sich dafür aus und betonte zugleich, dass bei der Themenauswahl darauf zu achten sei, welche Projektideen sich in der LAP-Vergangenheit bewährt haben und vor allem tatsächliche Veränderungsprozesse mit nachhaltigen Impulsen bewirken konnten. Der nächste Beitrag dazu ist ambivalent. Eine Eingrenzung auf Zielgruppen oder Sozialräume, so das langjährige Mitglied im Begleitausschuss (BgA), grenze einerseits die Möglichkeiten in der Projektlandschaft ein. Nicht zuletzt deshalb plädiert sie dafür, für die Projekte verbindliche Qualitätskriterien zu entwickeln. Dies biete die Möglichkeit, dass Spektrum der zu fördernden Maßnahmen breit anzulegen und dennoch die Ergebnisse der bisherigen Zielüberprüfungsprozesse zu berücksichtigen. Der nächste Wortmelder kommt von einem langjährigen LAP-Projektträger und ist zudem im Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE aktiv. Auch sein Einwurf beinhaltet ambivalente Momente: "Ich habe ein entschiedenes Jein." Für ihn sind Schwerpunktsetzungen immer an den Bedarfen zu orientieren. Er fordert deshalb eine für ihn logische Reihenfolge ein. Demnach müssten erst die Bedarfe evaluiert werden, dann könne über einzelne Handlungsfelder nachgedacht werden. Vorstellbar sei auch, für die kommenden Förderjahre jeweils unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen. Damit könne eine zielorientierte Öffnung gelingen, die jedoch auch an eine Bedarfs- und Tendenzanalyse gekoppelt sein sollte, um eine Dynamik entwickeln zu können. Im darauffolgenden Beitrag, vorgetragen von einem Trägervertreter der schon zahlreiche LAP-Großprojekte begleitet hat, wird ein weitreichenderer Anspruch formuliert. Ihm ist es wichtig, eine LAP-Gesamtstrategie für die 2. Förderperiode, also bis 2013, in den Blick zu nehmen. Wenn Bemühungen um eine stärkere Ausprägung des demokratischen Gemeinwesens erfolgreich sein sollen, so der Tenor, brauche man zur konkreten Ausgestaltung solcher Prozesse junge und engagierte Menschen. Dies wiederrum setze eine zentrale Begriffsklärung voraus: "Was verstehen wir eigentlich unter einer demokratischen Alltagskultur?" Ein weiterer Diskutant spricht sich unmissverständlich für eine sozialräumliche Zentrierung aus. Er habe als aktives BgA-Mitglied viele Projekte in den letzten Jahren intensiv verfolgt und könne dabei insgesamt ein positives Resümee ziehen. Mit den Maßnahmen sei viel erreicht worden. Allerdings, so schränkt das Ausschussmitglied

ein, habe man längst nicht an alle wünschenswerten Zielgruppen gleichermaßen erreichen können. Diese weißen Flecken wären vor allem im Wirtschaftsbereich und im Schulsektor sichtbar. Genau deshalb gelte es, dort verstärkt Aktivitäten zu entfalten. Über Themen diese Menschen zu erreichen, ist für ihn perspektivisch wichtiger als die Implementierung von Qualitätskriterien. Schließlich müsse es darum gehen, den Leitgedanken des Aktionsplans noch breitenwirksamer in der Stadtgesellschaft zu verankern. Eine Vertreterin des BgA spricht sich dann nicht nur für eine Schwerpunktsetzung aus, sondern macht überdies bereits einen ganz konkreten Vorschlag. Um nachhaltig demokratische Strukturen zu verorten, müssten insbesondere Projekte präferiert werden, die als Primärzielgruppe Kinder und Jugendliche markieren. Außerdem müsste eine etwaige Schwerpunktsetzung im laufenden Förderjahr pragmatisch gesehen werden, denn immerhin blieben für 2011 nur noch 8 Monate, um entsprechende Konzepte zu entwickeln und auf den Weg zu bringen: "Das ist ganz wenig Zeit, um inhaltlich und qualitativ hochwertige Projekte umzusetzen." Als Erfolgsindikatoren macht sie dabei öffentlichkeitswirksame Elemente und nachhaltig angelegte Bausteine und Methoden aus. Eine andere Teilnehmerin spricht sich ebenso klar für eine Fokussierung aus, um eine mögliche "Verzettelung" zu vermeiden. Der Bedarf sei wichtig, aber oftmals könne "weniger auch mehr sein". Auch sie kann sich eine verstärkte Zuwendung zur jugendlichen Zielgruppe durchaus vorstellen. Gerade in diesem Sektor sei der präventive Bedarf zudem augenscheinlich am größten: "Wir dürfen nicht vergessen, dass zur Landtagswahl viele junge Menschen NPD gewählt haben." Auf diesen Beitrag hat ein anderer Gast eine polemische Erwiderung im Gepäck: "Das könnte auch heißen, dass die Erwachsenen versagt haben." Eine etwaige Schwerpunktsetzung müsse daher sehr fundiert sein und dürfe gerade im präventiven Bereich nicht nur auf monokausale Erklärungsansätze fußen. Wohl auch deshalb offeriert der Diskutant eine weitere Handlungsfeldzentrierung: "Für mich gibt es einen Bereich der zweifelsfrei ist: die Integration der Zielgruppen." Es könne eben nicht darum gehen, von "oben herunterzublicken" und quasi stellvertretend für Jugendliche zu entscheiden, was für sie wichtig wäre. Dieses Plädoyer für mehr Partizipation und transparente Beteiligungsprozesse verbindet er zugleich mit dem Wunsch, die Zielgruppen in alle Phasen der Projektentwicklung aktiv einzubinden.

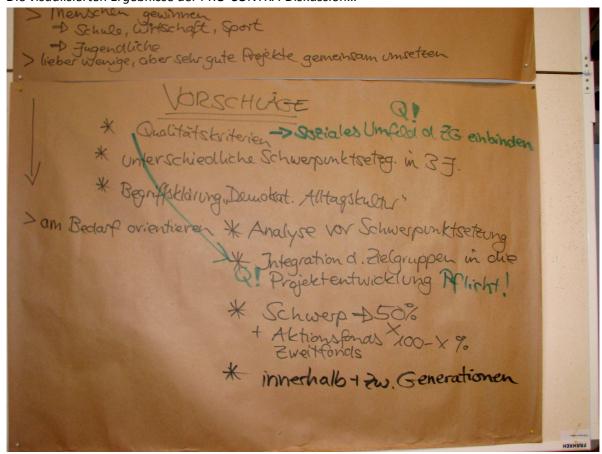






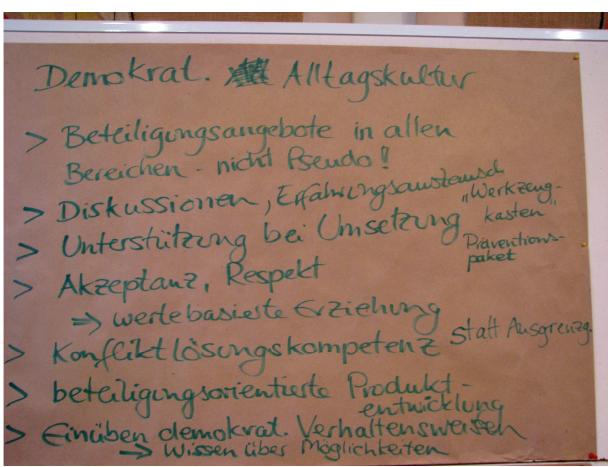


Die visualisierten Ergebnisse der PRO-CONTRA-Diskussion...

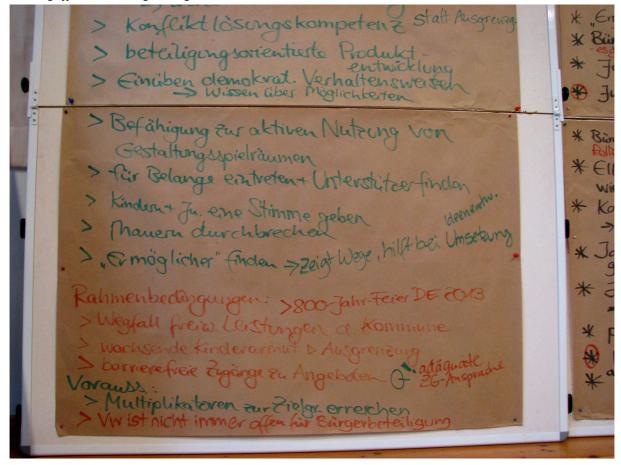


... und die daraus abgeleiteten Entwicklungsnotwendigkeiten für den Aktionsplan

"Wir sollten den Vorschlag aufgreifen und diskutieren, was unter einer demokratischen Alltagskultur verstanden wird", fordert ein langjähriges BgA-Mitglied dann ein und eröffnet damit einen Exkurs in die Begriffsklärung der so eigentlich nicht vorgesehen war, aber sich für den weiteren Verlauf der Ideenwerkstatt als sehr fruchtbringend erweisen sollte. Für den LAP-Koordinator ist eine demokratische Alltagskultur mehr als der vermeintliche oder tatsächliche Rückgriff auf eine politische Staatsform. Er versteht darunter viel mehr einen Prozess, in dem sich möglichst viele BürgerInnen aktiv in Entscheidungen die das demokratische Gemeinwesen umfassen, einbringen: "Die SchülerInnen bestimmen selbst mit, wie sie in der Schule leben und lernen möchten, die Menschen beteiligen sich an Visionen um die kulturelle, soziale, politische und städtebauliche Zukunft. Das ist ein immerwährende Vermittlung, die nach Möglichkeit auf Augenhöhe zwischen Staat und Gesellschaft verhandelt werden sollte." Toleranz gehöre unzweifelhaft dazu, so der Tenor einer weiteren Wortmeldung. Problemlösungsstrategien seien eben unterschiedlich angelegt, ohne gleich in Beliebigkeit abzugleiten. In einem demokratischen Diskurs, der integraler Bestandteil einer entsprechenden Kultur sei, müssten nicht andere Meinungen akzeptiert werden, gleichwohl aber der Mensch der diese äußere. Das sei am Ende, so fasst die Moderatorin den Beitrag und einen weiteren zusammen, eine Frage einer wertebasierten Erziehung und der Aneignung von Konfliktlösungskompetenzen. "Eine demokratische Alltagskultur kann ich nur entwickeln, wenn ich demokratisches Verhalten einübe", reflektiert eine Diskutantin eher handlungsorientiert. Dazu gehörten vor allem aufklärerische Momente, also alters- und sozialspezifisch darzustellen, welche Strukturen, Vermittlungsinstanzen und Beteiligungsmöglichkeiten es überhaupt gibt, um in einem nächsten Schritt auch eine Debatte um Chancen, Herausforderungen und Grenzen zu zulassen. Sie habe die Erfahrung gemacht, wenn Menschen sich einmal im Gemeinwesen engagieren und merken, dass hat wirklich etwas verändert, könne dies zu einer äußerst positiv besetzten Persönlichkeitsentwicklung führen, gerade aber nicht ausschließlich bei Jugendlichen. Ein anderes Statement schließt sich hier nahtlos an, wenn ein Teilnehmer postuliert: "Es geht hierbei doch um die Befähigung zur aktiven Nutzung von Gestaltungsspielräumen." Beteiligungsangebote hätten für ihn eher den Charakter von etwas "Gewährendem", während die Kompetenzentwicklung hin zur Befähigung, diese Angebote auch zu nutzen, nicht minder relevant sei. Vor allem vor dem Hintergrund von Entwicklungstendenzen, in den sich die Kommunen und der Sozialstaat immer mehr aus dem Gemeinwesen zurückziehen würden, könne dieses Vakuum teilweise genau mit solchen Befähigungsinitiativen geschlossen werden. Dies, so die anschließende Wortmeldung, könne jedoch nur mit einem zentralen Dreiklang gelingen: "Sich für die eigene Belange einsetzen, kämpfen und Unterstützer dafür finden." Und dies müsse für alle LAP-Projekte gelten, sonst verkomme eine demokratische Alltagskultur schnell zu einer "Pseudobeteiligung", die nur in einem Konzept stehe, sich aber nicht wirklich in der Projektrealität niederschlage. Dazu sei viel Kraft notwendig und auch der Wille, gegen scheinbar unüberwindbare Mauern anzurennen. Da könne es dann schon passieren, dass man sich im Einzelfall auch mit Verwaltungen und Behörden anlegen müsse und zivilen Ungehorsam praktiziere, um am Ende seine Idee gegen Widerstände im öffentlichen Diskurs platzieren zu können. Ein jugendlicher Teilnehmer findet die Diskussion sehr anregend, hat aber zugleich einen Wunsch an zukünftige LAP-Vorhaben: "Mir und meinem Bekanntenkreis fehlt oftmals ein Werkzeugkasten, den man braucht um Projektideen auch umsetzen zu können." Dabei gehe es nicht nur um eine finanzielle Unterstützung, ideelle Begleitung und Ermöglichungsberatung sei ebenso notwendig. Ein Gast versucht aus den letzten Beiträgen schließlich, eine Quintessenz abzuleiten: "Der Ermöglicher ist der, der mir die Wege aufzeigt."



Die Begriffsannäherung im Ergebnis...

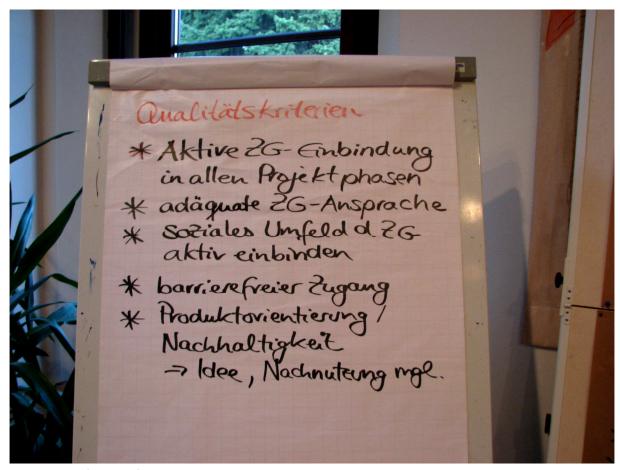


Gesprächsrunde zur Projektentwicklung

Von der Idee zum Projekt – erste Schritte zur Umsetzung.

Moderation: Nicole Marcus (Freiwilligen-Agentur Halle/Saalkreis e. V.)

Bevor es tatsächlich ans Eingemachte ging und konkrete Projektideen Gestalt annahmen, konzentrierten sich die DiskutantInnen der Ideenwerkstatt zunächst auf die Fixierung von Qualitätskriterien für die zukünftige Projektförderung. Der LAP-Koordinator machte den Anfang und griff dabei eine Debatte aus der vorherigen Gesprächsrunde nochmals auf. Alle vom LAP unterstützten Maßnahmen müssten demnach eine aktive Zielgruppeneinbindung in allen Projektphasen gewährleisten, die zudem auch das soziale Umfeld nicht außer Acht lassen dürfe. Außerdem war es den Werkstatt-Gästen wichtig, barrierefreie Zugänge zu den Angeboten einzufordern und im Sinne einer Sender-Empfänger-Korrelation eine verständliche und zielgruppenorientierte Ansprache als Kriterium festzuhalten. Als zentrale Vorgabe machte die Runde eine Produktorientierung aus. Alle Projekte müssten zukünftig am Ende Ergebnisse vorweisen, die nach der eigentlichen Maßnahme für andere Träger oder Institutionen zur Nachnutzung bereitstehen. Die Palette sei dabei denkbar breit und reiche von Medien, über Methoden bis hin zu im Rahmen von Projekten entstandenen Strukturen, Gremien oder Netzwerken.



Sollen zukünftig verpflichtend sein: die in der Ideenwerkstatt entwickelten Qualitätskriterien

Die Debatte um die Qualität schien die richtige Vorspeise zu sein, um sich dann so richtig auf den Hauptgang einzulassen. Die Teilnehmer entwickelten mehr als ein Dutzend Konzeptvorschläge. Manche davon nur als abstract, als grobkörnige Skizze, andere schon ausführlicher begründet und inhaltlich, methodisch und strategisch eingebettet in die übergeordnete Zielhierachie, die stärkere Ausprägung einer demokratischen Alltagskultur.

"Ich wünsche mir einen Kinder- und Jugendbeirat für Dessau-Roßlau", macht ein Vereinsvertreter den Anfang. Dabei ist es dem Einbringer wichtig, dass die Funktion, die Zusammensetzung und auch die Kompetenzen eines solchen Interessenzusammenschlusses nicht vorgegeben werde, sondern partizipativ mit den Kids entwickelt wird. Ihm ist es wichtig, dass ein solcher Rat nicht nur durch bereits bestehende Strukturen und Verbände gesteuert werde, sondern auch Raum und Entfaltungsmöglichkeiten für jugendkulturell verfasste und organisatorisch überhaupt nicht zu verortende Peergroups bieten müsse. Eine BgA-Vertreterin sieht die dringende Notwendigkeit, ein solches Projekt umzusetzen, da sei die Stadt schließlich noch ein Entwicklungsland. Sie präferiert allerdings ein Setting das es dem Gremium erlaubt, mit anderen Beiräten im SeniorInnen- und Integrationsbereich formal gleichgestellt zu sein: "Wenn man so etwas möchte, dann mit allen Konsequenzen." Um eine solche prozesshafte Projektentwicklung zu ermöglichen, die dabei noch die gerade entwickelten Qualitätskriterien berücksichtige, plädiert der Vertreter der LAP-Koordinierungsstelle dafür, bei einer etwaigen Umsetzung auf ein bewährtes Phasenmodell zu setzen. Denn unmöglich könne ein solches Gremium in nur 8 Monaten implementiert werden. Auf Nachfrage negiert der Ideengeber, dass bei einem solchem Vorhaben ausschließlich SchülerInnen und Jugendliche mit einem hohem Bildungsniveau angesprochen werden müssten. Ein LAP-Projekt im vergangenen Jahr habe gezeigt, dass bei einer adäquaten Ansprache durchaus auch andere Schulformen als Gymnasien erreicht werden könnten.

Als weitere Säule eines solchen Projektes markierte er zudem die Einrichtung einer "Youth Bank". Die Idee, die in anderen Kommunen bereits erfolgreich umgesetzt worden sei, basiere auf die Einrichtung eines Geldfonds, den Jugendliche selbst verwalten und damit eigene Projekte gestalten könnten. Das bewährte Modell sehe dabei vor, über Sponsoring die entsprechenden Mittel bereitzustehen. Daraus wiederrum erschließe sich die Chance, WirtschaftsakteurInnen endlich aktiv in ein vom LAP gefördertes Konzept einzubinden.

"Wir brauchen einen Ermöglicher, dass ist ja wirklich eine zentrale Figur", liefert ein Ausschussmitglied eine Vorlage für einen weiteren Vorschlag in Sachen Jugend- und BürgerInnenbeteiligung. Die Moderatorin versucht hier, die Diskussion in konkrete Bahnen zu lenken: "Soll das eine Art Anlaufstelle sein, bei der Jugendliche Unterstützung für ihre Ideen bekommen?" Nur zu gern greift ein Trägervertreter diesen Faden auf und spricht davon, dass eine Ermöglichungs- und Befähigungskultur in Ergänzung zu bereits bestehenden Regelangeboten, gerade die partizipativen Potentiale bei der jugendlichen Zielgruppe heben könne. Eine aktive Einbindung von der kommunalpoltischen Sphäre, bis hin zu Ortschaftsräten, sei dabei unverzichtbar. In diesem Kontext fällt später auch das Stichwort Nachbarschaftszentrum.

Eine Verwaltungsmitarbeiterin stellt schließlich auf die Notwendigkeit ab, neben der Schwerpunktsetzung auf Kinder und Jugendliche, die Eltern nicht zu vergessen. Gerade wenn es darum gehe, demokratische Spielregeln zu erlernen, vorzuleben und am Ende zu verfestigen, komme der Familie eine entscheidende Rolle zu. Und Elternarbeit, so die Diskutantin, sei in Dessau-Roßlau

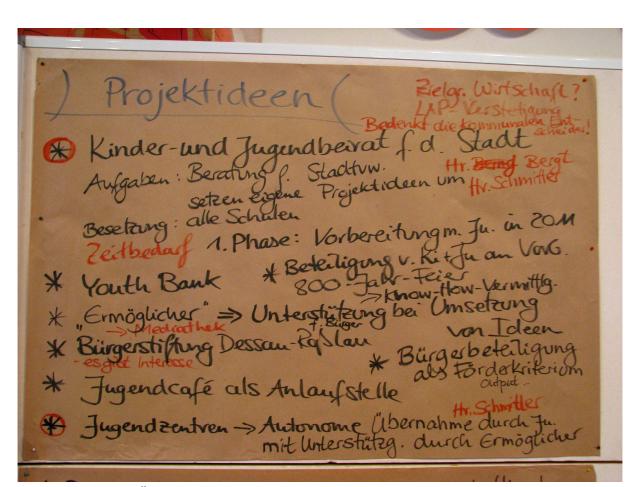
bislang eher ein zartes Pflänzchen, kein Träger habe sich in diesem Handlungsfeld bisher profiliert.

Die Teilnehmer sinnieren auch über einen Aktionsfond, der gekoppelt an ein Stadtteilmanagement Projekte im unmittelbaren Wohnumfeld unterstützen könne. Von Festivitäten, über kulturelle Höhepunkte bis hin zur politischen Intervention, könne die Palette dabei reichen.

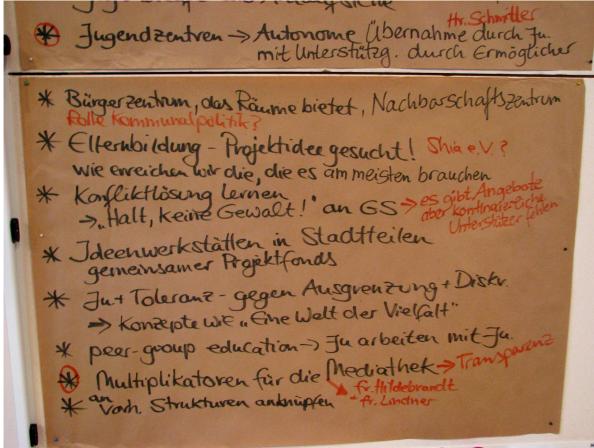
Ein Gast präferiert die Auseinandersetzung mit Ausgrenzung und Rassismus - schließlich positiv aufgeladen – die Stärkung interkultureller Kompetenzen, während eine andere Wortmeldung die Qualifizierung und eine MultiplikatorInnensuche für die im letzten Jahr aufgebauten LAP-Mediathek favorisiert. Die internetgestützte Datenbank als Sammel- und Schnittstelle für Angebote und nachnutzbare Produkte in Sachen Menschenrechtsbildung, Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung, sei demnach dringend ausbaubedürftig und verdiene eine größere öffentliche Wahrnehmung.

Dann swicht die Debatte hin und her, springt nicht zum ersten Mal weg von konkreten Projektideen, hinzu Grundsätzlichem. Eher polemisch wirft ein Diskutant ein, dass die oben skizzierten Ansätze zu Empowerment oder Selbstbefähigung nicht zielführend seien: "Das ist doch Kleinstaaterei." Schließlich gehe es bei einer basisnahen Demokratieförderung nicht nur um theoretische Wissensvermittlung, sondern Kompetenzen und die Frage von Entscheidungsbefugnissen müssten im Mittelpunkt stehen: "Dafür müssen wir die Rahmenbedingungen setzen, dafür ist der Ortschaftsrat das denkbar ungünstigste Terrain." Schließlich müsste auch ein etwaiger Kinder- und Jugendbeirat politisch gewollt und in der Konsequenz im Stadtrat mehrheitsfähig sein. Der Gast, dass lässt sich seinen Äußerungen mehr als einmal entnehmen, ist da eher skeptisch. Ein anderer Teilnehmer ist da nicht nur optimistischer, sondern sieht es völlig anders: "Selbsthilfe ist doch nichts undemokratisches!" Die Moderatorin versucht einen Anker zu werfen: "Ist das die Warnung vor den kommunalen Bedenkenträgern?" Soweit möchte der Kritiker dann doch nicht gehen. Ihm ginge es vor allem darum, dass diese Konzepte sehr gut vorbereitet und durchdacht sein sollten, Verbündete und ein "langer Atem" unerlässlich wären. Wer Beteiligung, ob im Jugendsektor oder darüber hinaus, einfordere, müsste sich in seinem Selbstverständnis nicht als Bittsteller begreifen, sondern vielmehr als politischer Akteur: "Da muss man nicht immer brav sein." Sonst, so der Tenor des Statements, wird es nicht gelingen die kommunalen EntscheiderInnen für sich zu gewinnen.

Am Ende der Runde erklären sich einige Gäste bereit, sich für konkrete Projektideen den konzeptionellen und operativen Hut aufzusetzen und zusammen mit potentiellen KooperationspartnerInnen nicht nur die Machbarkeit zu evaluieren, sondern konkrete Konzepte auf den Weg zu bringen.







Resümee, Ergebnisse und Ausblick

Der LAP-Ideenwerkstatt in Dessau-Roßlau ist es zweifellos gelungen, Visionen zu entwickeln. Die diskutierten Vorschläge und Projektideen wurden dabei kritisch unter die Lupe genommen und in einem durchaus reflexiven Prozess auf ihre Machbarkeit hin abgeklopft. Die Dokumentation spiegelt anschaulich wider, wie verschiedene partikulative Interessenlagen miteinander ins Verhältnis gesetzt wurden, auch und gerade in einem Prozess der Vermittlung.

Inzwischen, immerhin liegt die Debatte bereits gut 9 Wochen zurück, ist so einiges passiert. An die Werkstatt haben sich moderierte Projektentwicklungsgespräche angeschlossen, die dem Aktionsplan an Elbe und Mulde für 2011 im Ergebnis einen Kompass und auch ein Profil verpasst haben. Im aktuellen Förderjahr werden demnach Projekte in den Mittelpunkt gerückt, die sich der Jugend- und BürgerInnbeteiligung verschrieben haben. Diese thematische Schwerpunktsetzung ist Anspruch, Herausforderung und handlungsleitende Richtschnur zugleich. Ein Zitat aus dem Werkstattgespräch bringt es wohl treffend auf dem Punkt: "Mich interessiert nachhaltig, dauerhaft und volle Suppe Kinder und Jugendliche zu beteiligen, ihnen Kraft, Stimme und Mut zu geben."

Die MitdiskutantInnen am 20. April 2011 haben sich zudem mit ihrer Empfehlung durchgesetzt, zukünftig Qualitätskriterien für alle Projekte als inhaltliche Vorgaben verpflichtend festzuschreiben. Dass zeigt, welche Gestaltungskraft von diesem Format ausgehen kann. Natürlich immer vorausgesetzt, die LAP-Gremien nehmen solche Diskurse ernst, lassen sich darauf auch wirklich ein.

Die Ideenwerkstatt war ein beteiligungsorientierter Meilenstein in der hiesigen LAP-Geschichte, dem mit Sicherheit weitere folgen.

Die Planungen für einen zweiten Aufguss im November laufen bereits. Der Fokus dann: die Weiterentwicklung der LAP-Gesamtstrategie für die Jahre 2012 und 2013. Auch dann sicherlich mit einem dominanten Dreiklang aus Selbstvergewisserung, Überraschung und reflexiver Kritik.





IMPRESSUM

Herausgeber: Koordinierungsstelle und Begleitausschuss des Lokalen Aktionsplanes für Demokratie

und Toleranz der Stadt Dessau-Roßlau

V. i. S. d. P.: Steffen Andersch, Schlachthofstr. 25, 06844 Dessau-Roßlau

Redaktionsschluss: 28. Juni 2011 Erscheinungsdatum: 21. Juli 2011 Mitschnitt & Fotos: Christoph Beyer

Textredaktion & Gestaltung: Steffen Andersch